

PRESSEMITTEILUNG

KOMMUNALE FINANZEN: In Rheinland-Pfalz dauern die Strukturprobleme an

Die rheinland-pfälzischen Kommunen haben die Jahre 2017 und 2018 mit einem Überschuss abgeschlossen. Ausschlaggebend dafür waren die konjunkturbedingt starken Steuereinnahmen und Hilfen des Bundes. Die Haushaltskrisen setzten sich jedoch fort: Bei Investitionen und Rücklagen landete Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt. Die Kassenkredite verharrten auf gefährlichem Niveau. Der Rückstand zu wirtschaftsstarken Regionen vergrößerte sich.

Gütersloh, 09. Juli 2019. Bundesweit verzeichnen die Kommunen seit dem Jahr 2012 Überschüsse. In Rheinland-Pfalz erreichten die Gemeinden und Kreise erst im Jahr 2017 und 2018 positive Zahlen. In den Jahrzehnten zuvor waren Defizite die Regel. Ursache für die Verbesserung der Haushaltslage sind die konjunkturbedingt starken Steuerzuwächse und verschiedene Hilfsprogramme des Bundes. Das zeigt der Kommunale Finanzreport 2019 der Bertelsmann Stiftung. Die Strukturprobleme halten jedoch an: Bei Investitionen, Rücklagen und Steuereinnahmen liegen die Kommunen in Rheinland-Pfalz deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Bei den Kassenkrediten, üblicher Krisenindikator, verzeichnen sie weiterhin bundesweite Höchststände. Eine Lösung steht aus.

Der ländliche Raum ist wirtschaftsschwach

Seit dem Jahr 2012 erlebt Deutschland eine anhaltend starke Konjunktur. Dies spiegelt sich in den Steuereinnahmen der Gemeinden wider, die in Rheinland-Pfalz seitdem um über 30 Prozent angestiegen sind. Dennoch erreichten nur sieben der 36 Kreise und kreisfreien Städte den Bundesdurchschnitt. Darüber hinaus treten im Land dauerhaft große Differenzen auf: Der schwächste Kreis Trier-Saarburg erzielte pro Einwohner im Jahr 2017 nur ein Drittel des Aufkommens des stärksten Kreises Mainz-Bingen. Trier-Saarburg und Kusel sind die steuerschwächsten Kreise Westdeutschlands überhaupt. Der Finanzreport zeigt, dass die Gemeindesteuern fast vollständig aus der Wirtschaftsstruktur resultieren und ein Aufholen schwacher Kommunen kaum möglich ist.

Rücklagen wachsen

Erstmals untersuchte der Kommunale Finanzreport die Bar- und Sichteinlagen (Rücklagen) der Kommunen. In Rheinland-Pfalz sind diese von 2012 bis 2017 von 1,3 auf zwei Milliarden Euro gewachsen. Je Einwohner liegen die Kommunen dennoch unter dem Bundesdurchschnitt. In Bayern sind sie pro Kopf zweieinhalb Mal höher. „Der Blick auf die Rücklagen deckt die tatsächlichen Differenzen zwischen starken und schwachen Städten überhaupt erst auf. Sie sind größer als bisher angenommen“, sagt René Geißler, Experte für Kommunalfinanzen bei der Bertelsmann Stiftung.

Noch keine Trendwende bei den Kassenkrediten

Die Kassenkredite, gewissermaßen der Dispo der Kommunen, gelten als zentraler Krisenindikator. Sie gehen im Regelfall einher mit hohen Sozialausgaben und Steuersätzen, niedrigen Investitionen und allgemein geringen lokalen Handlungsspielräumen. Bundesweit erreichten diese Kredite 2015 ihren Höchststand mit 50 Milliarden Euro. Nach über 20 Jahren

des kontinuierlichen Anstiegs war 2016 eine Trendwende zu verzeichnen und die Kassenkredite sanken auf aktuell 36 Milliarden Euro.

Die Kassenkredite in Rheinland-Pfalz bewegen sich seit vielen Jahren fast flächendeckend auf bedenklich hohem Niveau. Lediglich die Kreise Rhein-Pfalz, Rhein-Hunsrück und der Westerwaldkreis wiesen 2017 keine Kassenkredite auf. Die landesweite Summe belief sich 2018 auf 5,3 Milliarden Euro; ein Rückgang um gut zehn Prozent seit 2016. Bei der Belastung mit Kassenkrediten pro Einwohner liegen die Kommunen in Rheinland-Pfalz mit Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle hinter dem Saarland. Demgegenüber sind die Kommunen in Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen seit Jahren nahezu frei von Kassenkrediten. Bundesweit konzentrieren sich die Kassenkredite immer mehr in einzelnen Regionen. So befanden sich 2017 unter den 20 Kommunen mit der höchsten Pro-Kopf-Belastung gleich zehn Kommunen in Rheinland-Pfalz. An der bundesweiten Spitze steht seit Jahren die Stadt Pirmasens.

Bereits im Jahr 2012 legte die Landesregierung ein Hilfsprogramm auf, das unter strengen Auflagen zusätzliche Gelder bot. 2019 startete das „Aktionsprogramm Kassenkredite“, das für einen Zeitraum von über zehn Jahren besonders belasteten Kommunen hilft. „Der Abbau dieser Kassenkredite ist durch die rheinland-pfälzischen Kommunen allein nicht möglich“, sagt René Geißler, „Land und Kommunen müssen gemeinsam alle Möglichkeiten und das günstige Zeitfenster nutzen: Finanzausgleich, Hebesätze und Sozialausgaben sind drei wichtige Ansatzpunkte.“

Wachsende Differenzen zwischen starken und schwachen Regionen

Die wirtschaftliche Lage der Kommunen und damit die Lebensverhältnisse vieler Menschen bewegen sich seit Jahren auseinander. Um diese Unterschiede greifbar zu machen, vergleicht der Kommunale Finanzreport wichtige Haushaltszahlen der jeweils zehn stärksten und schwächsten Städte (gemessen an der Hartz-IV-Quote der Bevölkerung). Die Ergebnisse sind eindeutig: Die schwachen Städte, darunter auch Pirmasens, wiesen geringere Steuereinnahmen, höhere Sozialausgaben, langjährige Defizite, drastische Kassenkredite und kaum Rücklagen auf. Die Sanierungserfolge der vergangenen Jahre sind durch weitere Erhöhungen der Steuersätze und noch weniger Investitionen teuer erkaufte worden. In Summe ist die Standortqualität als Voraussetzung für Wachstum gering. „Diese Städte haben keinen Puffer. Eine schwächere Konjunktur reißt unmittelbar neue Löcher und macht die hart erarbeiteten Erfolge zunichte“, betont Geißler.

Konjunktur und Ausblick trüben sich ein

Die positive Lage der Kommunalfinanzen beruht weithin auf dem starken Wachstum der Steuereinnahmen. Die sich abzeichnende Abkühlung der Konjunktur wird dieses Wachstum mindern. Da die Ausgaben unbeirrt weiter steigen, drohen in Rheinland-Pfalz neue Defizite. An den Bund gerichtet bleibt die Empfehlung, einen größeren Anteil der Hartz-IV-Kosten zu übernehmen und die jüngsten Investitionsprogramme fortzuführen. Allgemein sollte ein stärkerer Fokus auf den wirtschaftsschwachen Regionen liegen. „Die Bund-Länder-Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘ ist eine Chance für eine ganzheitliche Strukturpolitik“, so Geißler.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken und untersucht die Finanzentwicklung aller 397 kreisfreien Städte und Landkreise (einschließlich ihrer kreisangehörigen Gemeinden und Gemeindeverbände). Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die regionalen und

zeitlichen Trends wichtiger Indikatoren aufzuzeigen. Er wird in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V., der Technischen Hochschule Wildau und Experten aus der Praxis erarbeitet.

Unser Experte: Dr. René Geißler, Telefon: 0 52 41 81 81 467
E-Mail: rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de

Weitere Informationen finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de und www.kommunaler-finanzreport.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet. **Weitere Informationen:** www.bertelsmann-stiftung.de